

59. JAHRGANG

17. SEPTEMBER 2018 - NR. 38

Afrikanische Schweinepest in Belgien - Nachbarn bangen um ihre Schweinebranche

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) rückt Deutschland gefährlich nahe. In Südbelgien, nur 60 km von der deutschen Grenze entfernt, wurde bei Wildschweinen die gefährliche Tierseuche festgestellt. Die Politik und die Landwirtschaftsverbände zeigten sich wegen der hohen Einschleppungsgefahr alarmiert. Laut Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner ist Deutschland durch neue Gesetze zur Seuchenbekämpfung vorbereitet. Auch die Landesagrarminister sehen sich für den Ernstfall gerüstet. DBV-Präsident Joachim Rukwied ist, wie viele Landesbauernverbände, höchst besorgt. Bei einem ASP-Fall in Deutschland drohe der Verlust von Exportmärkten und ein Preisverfall.

Länderberichte 33

Futtermittelwirtschaft für offene Märkte und neue Zuchtverfahren

Der Präsident des Deutschen Verbandes Tiernahrung (DVT), Jan Lahde, hat die Bedeutung des internationalen Agrarhandels für die Branche betont und sich klar gegen jede Form von Zöllen und Abgaben ausgesprochen. Bei der 18. DVT-Jahrestagung kritisierte er die aktuell zunehmenden Handelskonflikte und warnte vor den daraus resultierenden Risiken für die weltweite Ernährungssicherung. Wenig Verständnis hat Lahde auch für die höchstrichterliche Einstufung neuer Züchtungsmethoden als Gentechnik. Er befürchtet eine zunehmende Abkehr der Gerichte von wissenschaftlichen Fakten und rief die Politik auf, ein klares Bekenntnis für innovative Technologien wie CRISPR/Cas abzugeben.

Länderberichte 20

Wissing für EU-Kennzeichnungsvorschrift - EU-Agrargelder wichtig für ländlichen Raum

Der Landwirtschaftsminister von Rheinland-Pfalz, Dr. Volker Wissing, hat sich im Interview mit AGRA-EUROPE im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für eine EU-weite Kennzeichnungsvorschrift für Agrarprodukte ausgesprochen. Durch mehr Produkttransparenz sollten die Verbraucher entsprechend ihrer Anforderungen auch höhere Preise zahlen. Zudem könne so mehr Marktorientierung erreicht und langfristig auf Agrarsubventionen verzichtet werden. Wissing spricht sich gegen die aktuell von der EU-Kommission geplanten Kürzungen am EU-Agrarbudget aus. Die Agrarbeihilfen seien gerade für den ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz wichtig.

EU-Nachrichten 1

Koalition streitet über Agrarsozialpolitik

Innerhalb der Regierungskoalition bahnt sich ein Streit um die künftige Agrarsozialpolitik an. Überraschend stellte die zuständige SPD-Berichterstatterin Ursula Schulte in der Haushaltsdebatte das eigenständige agrarsoziale Sicherungssystem in Frage. Für sie gehöre die gesetzlich festgeschriebene Defizitdeckung in der Alterssicherung der Landwirte durch den Bund ebenso auf den Prüfstand wie das eigenständige System insgesamt. Schulte bekräftigte zugleich die Forderung ihrer Fraktion nach Abschaffung der Hofabgabeklausel. Demgegenüber steht die Union weiter zu der Klausel und will zeitnah eine Entscheidung für eine tragfähige Lösung herbeiführen. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner bekannte sich in der Debatte zur landwirtschaftlichen Sozialversicherung. Es sei richtig, den Großteil ihres Haushalts für die agrarsoziale Sicherung auszugeben, sagte sie. Mit rund 4 Mrd Euro entfallen knapp zwei Drittel der für 2019 geplanten Gesamtausgaben ihres Ressorts von rund 6,245 Mrd Euro auf die Sozialpolitik. Zweitgrößter Posten ist die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), die einschließlich des Sonderrahmenplans „Förderung der ländlichen Entwicklung“ mit 895 Mio Euro dotiert ist. CDU/CSU-Haushälter Christian Haase kritisierte eine unzureichende Inanspruchnahme von Fördermitteln im Bereich der ländlichen Entwicklung. Die Opposition nutzte die Erste Lesung des Einzelplans 10 zur grundsätzlichen Kritik an der Agrarpolitik der Regierung. Die FDP warf Klöckner eine Kuschelpolitik vor, die Grünen Versäumnisse bei der Lösung von drängenden Problemen in der Tierhaltung.

Länderberichte 1